

---

# Verrückte Verhältnisse? Wahlverhalten und Parteienwettbewerb in Baden-Württemberg zwischen 2011 und 2016

Marc Debus

---

## Zusammenfassung

Der Beitrag zeichnet die Entwicklung des Parteienwettbewerbs in Baden-Württemberg zwischen 2011 und 2016 nach und geht dabei insbesondere den Fragen nach, warum die Sozialdemokraten so schwach in diesem Bundesland verankert sind, wie sich die programmatischen Positionen der Parteien entwickelt haben und welche Koalitionsoptionen nach der Landtagswahl 2016 wahrscheinlich sind. Auf der Grundlage von Theorien des Wahlverhaltens und der Koalitionsbildung werden Erwartungen formuliert, die mithilfe von Umfragedaten und einem Datensatz zur Regierungsbildung in den deutschen Bundesländern seit 1990 getestet werden. Die Ergebnisse zeigen, dass der SPD in Baden-Württemberg die Verankerung im gewerkschaftlich organisierten Arbeitermilieu fehlt, und dass – vor allem aufgrund der Koalitionsaussage der FDP – eine Koalition aus Grünen und CDU das wahrscheinlichste Ergebnis der Regierungsbildung ist.

---

## 1 Einleitung und Fragestellung

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg vom März 2011 haben dadurch zur Bereicherung der Parteienkonstellationen wie auch der Koalitionsoptionen beigetragen, dass die Sozialdemokraten (SPD) als „catch all party“ (Kirchheimer 1965)

---

M. Debus (✉)

Fakultät für Sozialwissenschaften, Universität Mannheim, Mannheim, Deutschland

E-Mail: marc.debus@uni-mannheim.de

sowie als Juniorpartner eine Koalitionsregierung unter Führung der „niche party“ (Meguid 2005) Bündnis 90/Die Grünen eingegangen sind, die im 2011 gewählten Landtag mandatsmäßig stärker als die SPD war. Mit Hinblick auf das Wahlergebnis bei der Landtagswahl 2016 fällt die Bilanz für die beiden Regierungsparteien mehr als gemischt aus: während die Grünen zum ersten Mal in ihrer Geschichte stärkste Partei bei einer Landtagswahl wurden und 30,3 % der Stimmen erreichten, brachen die Sozialdemokraten auf 12,7 % und damit auf ein historisches Tief im deutschen Südwesten ein. Für die grün-rote Koalitionsregierung von Ministerpräsident Kretschmann und seinem Stellvertreter, Finanz- und Wirtschaftsminister Schmid (SPD), ist das Ergebnis 2016 insgesamt betrachtet eine Niederlage: da die grün-rote Koalitionsregierung im neu gewählten Stuttgarter Landtag keine Mehrheit mehr hat, wird sie nicht fortgesetzt werden können. Es zeigt sich, dass selbst wenn der kleinere Koalitionspartner ein wirtschafts- und finanzpolitisches „Superministerium“ kontrolliert, die Wähler eine gute ökonomische Lage der Partei des Regierungschefs zuschreiben, sodass diese bei einem retrospektiv ausgerichteten Wahlverhalten – auf Kosten des kleinen Koalitionspartners – profitiert (vgl. Debus et al. 2014).

Aufgrund des Einzugs der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den Landtag 2016 ergibt sich – im Gegensatz zu 2011 – keine Mehrheit für eines der beiden Lager aus Christdemokraten (CDU) und Freien Demokraten (FDP) einerseits sowie SPD und Grünen andererseits. Dies hat bereits vor der Wahl dazu geführt, dass über bislang abgelehnte oder zumindest nicht besonders gewünschte Koalitionen wie die der „Ampel“ aus Grünen, SPD und FDP, die bei den Liberalen bislang auf wenig Anklang stieß, als – zwar ungeliebte – Alternative zu „Schwarz-Grün“ oder einer Koalition aus CDU und Sozialdemokraten seitens der Medien wie der beteiligten Parteien offen diskutiert wurde.<sup>1</sup> Auch eine so genannte „Deutschland-Koalition“ aus Union, SPD und Freien Demokraten rückte insbesondere die FDP und – nach den Wahlen – auch die CDU in den Mittelpunkt des Interesses als Alternative zu einer „Ampel“ oder zu einer „grün-schwarzen“ Koalition. Dass ein Bündnis aus Grünen und Union nach den Wahlen die einzige mehrheitsfähige Option ist, hat vor allem den Grund, dass sich die Liberalen nach der Wahl endgültig einer „Ampelkoalition“ verweigerten und die

---

<sup>1</sup>[http://www.esslinger-zeitung.de/region/baden-wuerttemberg\\_artikel,-%E2%80%99Ekanzlerin-muss-verheerende-fehler-einraeumen%E2%80%99C-\\_arid,2018357.html](http://www.esslinger-zeitung.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-%E2%80%99Ekanzlerin-muss-verheerende-fehler-einraeumen%E2%80%99C-_arid,2018357.html); <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/baden-wuerttemberg-die-ampel-steht-vor-dem-comeback-a-1070555.html> (Zugriff jeweils am 22. Januar 2016).

SPD für sich die Teilnahme an einer „Deutschland-Koalition“ mit CDU und FDP ausschloss.

Diese im Vergleich zur Bundes- wie Landesebene einmaligen Verhältnisse in der Parteien- und Koalitionskonstellation – 2011 die SPD und 2016 die CDU als kleiner Koalitionspartner der ansonsten gegenüber den beiden Parteien fast immer mit geringeren Stimmen- und Sitzanteilen ausgestatteten Grünen sowie die Öffnung gegenüber neuen Koalitionskonstellationen aufgrund der Stärke der AfD – werfen die folgenden zwei Forschungsfragen auf: Wodurch ist, erstens, die Schwäche der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg begründet, auf der die „verrückten Verhältnisse“ nachhaltig fußen, und wie wahrscheinlich sind die verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten in Baden-Württemberg tatsächlich gewesen?

Um diese Fragen zu beantworten, wird zum einen die Entwicklung des Parteienwettbewerbs in Baden-Württemberg zwischen den Landtagswahlen 2011 und 2016 kurz nachgezeichnet und zum anderen in theoretische Ansätze eingeführt, die helfen können, das Phänomen der Schwäche der SPD in Baden-Württemberg zu erklären. Während auf sozialstrukturell-interessengeleitete sowie sozialpsychologische Theorien zur Erklärung der SPD-Wahlabsicht zurückgegriffen wird, erfolgt die Ermittlung der Muster des baden-württembergischen Parteienwettbewerbs zwischen 2011 und 2016 sowie der dominierenden Koalitionsoptionen in Folge der Landtagswahl 2016 über formale wie institutionell-kontextorientierte Koalitionstheorien und deren Anwendung auf die Regierungsbildung in den deutschen Bundesländern seit 1990 (vgl. Bräuninger und Debus 2008, 2011, 2012; Debus 2011; Debus und Müller 2011). Aus den Ergebnissen dieser zweistufigen Analyse werden Implikationen für die Entwicklung des Parteienwettbewerbs in Baden-Württemberg und – mit Hinblick auf die kommende Bundestagswahl 2017 – auch auf Bundesebene abgeleitet. Dabei wird wie folgt vorgegangen: Der nächste Abschnitt zeichnet kurz die Entwicklung des Parteienwettbewerbs in Baden-Württemberg zwischen 2011 und 2016 nach. Im dritten Abschnitt werden die relevanten Theorien des Wahlverhaltens sowie der Koalitionsbildung kompakt vorgestellt und Erwartungen abgeleitet, die in Abschn. 5 einem empirischen Test unterzogen werden. Zuvor wird im vierten Abschnitt auf die herangezogenen Daten – die Landtagswahlstudien der Forschungsgruppe Wahlen zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz 2011 sowie die Wahlprogramme der baden-württembergischen Parteien zu den Landtagswahlen 2011 und 2016 – als auch auf das methodische Vorgehen näher eingegangen. Die Schlussbetrachtung fasst die gewonnenen Erkenntnisse zusammen und gibt einen Ausblick auf die künftige Entwicklung der Muster von Parteienwettbewerb und Regierungsbildung in Deutschland.

## 2      **Parteiensystem und Parteienwettbewerb in Baden-Württemberg zwischen 2011 und 2016**

Die Landtagswahl vom 27. März 2011 in Baden-Württemberg stand maßgeblich unter den Vorzeichen des seit dem Spätsommer an Intensität drastisch gewonnenen Konflikts um den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs und den damit einhergehenden Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten sowie der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima, die sich am 11. März 2011 ereignete (vgl. für eine ausführliche Analyse die Beiträge in Wagschal et al. 2013; Gabriel et al. 2014). Vor dem Hintergrund dieser beiden Faktoren sowie der Sympathie, die dem Grünen-Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann im Gegensatz zum amtierenden Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) entgegengebracht wurde, erzielte die bisherige Opposition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine Mehrheit der Mandate im Stuttgarter Landtag und konnte die amtierende Regierungskoalition aus CDU und Freien Demokraten ablösen (vgl. Roth 2013). Zum ersten Mal seit 1953 wurde kein Christdemokrat Ministerpräsident des 1952 gegründeten Südweststaates, sondern mit Winfried Kretschmann der Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen. Somit hat – aus dem Blickwinkel der Parteienkonstellation und der parteipolitischen Zusammensetzung von Regierung und Opposition – die Landtagswahl vom März 2011 aus zweierlei Gründen für „verrückte Verhältnisse“ in Baden-Württemberg gesorgt: zum einen durch die erste Wahl eines Politikers, der nicht der CDU bzw. einer Partei des bürgerlichen Lagers angehörte<sup>2</sup>, zum Ministerpräsidenten und zum anderen aufgrund der Tatsache, dass die SPD zum ersten Mal bei einer Landtagswahl in Deutschland schwächer abschnitt als die Grünen und damit nur als Juniorpartner in eine grün-rote Koalition eintreten konnte.

In Tab. 1 finden sich die Wahlergebnisse der Landtagswahl vom März 2011, der Bundestagswahl vom September 2013, die Resultate der Wahlen zum Europäischen Parlament, den Kreistagen und Gemeinderäten, die jeweils im Mai 2014 stattfanden, sowie der Landtagswahl vom März 2016. Es wird auf der einen Seite deutlich, dass Bündnis 90/Die Grünen ihren knappen Vorsprung gegenüber der SPD, den sie bei der Landtagswahl 2011 errungen hatten, bei den Folgewahlen zu Parlamenten auf anderen Ebenen des politischen Systems nicht verteidigen konnten. Vor dem Hintergrund, dass in Folge der „Energiewende“ die Salienz des Issues Atomenergie zurückgegangen ist und die Debatte um „Stuttgart 21“ nach

---

<sup>2</sup>Von 1952 bis 1953 stand Ministerpräsident Reinhold Maier (FDP) einer Koalitionsregierung aus SPD und Heimatvertriebenen (BHE) vor.

dem Volksentscheid im November 2011 ebenfalls abflachte sowie andere Themen die Wahlkämpfe auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene 2013 und 2014 dominierten, ist es nicht überraschend, dass die Grünen den Rang der zweitstärksten Partei in Baden-Württemberg vor der SPD zunächst nicht erneut erringen konnten. Jedoch verdeutlichen die in Tab. 1 abgetragenen Ergebnisse, dass die Sozialdemokraten, die 2011 ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg erzielt haben, ihren Stimmenanteil im Südwesten im Vergleich weder zur Bundestags- noch zur Europawahl steigern konnten und somit nicht mehr als 23 % der abgegebenen Stimmen erzielten. Bei den Wahlen zu Kreistagen und Gemeinderäten 2014 lag das Wahlergebnis der SPD mit jeweils 18,2 % der Stimmen noch niedriger, um bei der Landtagswahl 2016 mit 12,7 % auf einen neuen Tiefstand zu fallen. Gleichzeitig konnten die Grünen

**Tab. 1** Wahlergebnisse in Baden-Württemberg bei Bundestags-, Landtags-, Europa- und Kommunalwahlen in der Legislaturperiode von 2011 bis 2016 in Prozent

	LTW 2011	BTW 2013 (Zweitstimmen)	EW 2014	KTW 2014	GRW 2014	LTW 2016
CDU	39,0	45,7	39,3	34,7	29,5	27
Bündnis 90/ Die Grünen	24,2	11	13,2	13,4	12,2	30,3
SPD	23,1	20,6	23	18,2	18,2	12,7
FDP	5,3	6,2	4,1	6,0	4,4	8,3
Die Linke	2,8	4,8	3,6	2,4	1,8	2,9
AfD		5,2	7,9	0,9	1,5	15,1
Piraten	2,1	2,3	1,2	0,1	0,5	0,4
NPD	1,0	1,0	0,6	0,0	0,1	0,4
Republikaner	1,1	0,4	0,6	0,3	0,1	0,3
Freie Wähler/ Wählervereinigungen	–	0,6	2,3	23,2	31,4	–
Sonstige	1,4	2,8	4,2	0,8	0,3	2,6

Anmerkung: Stimmenanteile für gemeinsame Listen von Wählervereinigungen und Parteien wurden bei den Ergebnissen für die jeweiligen Parteien mit eingerechnet. (Quelle: <https://www.statistik-bw.de/Wahlen/> 6. April 2016)

LTW: Landtagswahl; BTW: Bundestagswahl; EW: Wahl zum Europäischen Parlament; KTW: Kreistagswahl; GRW: Gemeinderatswahl

stabil zweistellige Ergebnisse zwischen 11 und 13,4 % erreichen, 2016 schließlich mit 30,3 % sogar stärkste Partei werden.

Dieser einfache Vergleich verdeutlicht die strukturelle Schwäche, mit der sich die SPD in Baden-Württemberg konfrontiert sieht. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn berücksichtigt wird, dass die Sozialdemokraten zum Zeitpunkt der Landtagswahl 2016 keinen einzigen Landratsposten stellen und auch auf Ebene der neun kreisfreien Städte – trotz einer momentanen Kontrolle des Oberbürgermeisteramtes in Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Heilbronn – Konkurrenz nicht nur durch CDU und Freie Wähler bzw. Parteiunabhängige, sondern auch durch die Grünen besteht, die derzeit die Oberbürgermeister von Stuttgart und Freiburg stellen.

Die Wahlergebnisse im Zeitraum der Legislaturperiode des 2011 gewählten Landtags zeigen zudem, dass die Freien Demokraten über ein halbwegs stabiles Wählerpotenzial im Südwesten verfügen: so konnten die Liberalen bei der Bundestagswahl 2013 6,2 % der Stimmen erzielen, während sie bundesweit mit 4,8 % der Stimmen den Einzug in den Bundestag verfehlten. Selbst bei den Kommunalwahlen, die nach dem parlamentarischen Aus für die FDP auf Bundesebene stattfanden und bei denen bürgerliche Parteien wie die Liberalen starker Konkurrenz seitens der Wählervereinigungen ausgesetzt sind, lag ihr Stimmenanteil bei den Kreistagswahlen in Baden-Württemberg bei sechs Prozent. Gleichzeitig war die CDU – abgesehen von der Gemeindeebene – die stimmenstärkste Partei in Baden-Württemberg. Dies hat sich mit der Landtagswahl 2016 jedoch geändert.

Die strukturelle Schwäche der SPD im Südwesten wird häufig auf das Fehlen eines ausgeprägten, sich langfristig etablierten Industriearbeitermilieus zurückgeführt. Ein für sozialdemokratisch-linker Parteien günstiges „sozial-moralisches Milieu“ (Lepsius 1973) konnte demnach aufgrund der Nebentätigkeit vieler Arbeiter in der Landwirtschaft in den württembergischen Industrieregionen um Stuttgart und Heilbronn nicht entstehen. Durch die hohe Anzahl so genannter „Arbeiterbauern“ bildete sich kein rein proletarisches Milieu heraus. Diese Art von doppelter Berufstätigkeit und der dadurch weiter bestehenden Verwurzelung im ländlich-agrarischen Umfeld begünstigte vielmehr liberale und insbesondere christlich-konservative Parteien mit ausgeprägtem wohlfahrtsstaatlichen Profil, wie etwa die Zentrumspartei in der Weimarer Republik und die CDU in der Bundesrepublik. Dieses Muster kann sich durch die „Akademisierung“ der SPD ab den 1970er Jahren und damit der zurückgehenden Dominanz der „klassischen“ Arbeiterbewegung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie noch verstärkt haben (vgl. Lösche 1994). Ein Indikator hierfür ist die Anzahl der von der SPD bei baden-württembergischen Landtagswahlen noch gewonnenen Direktmandate und in welcher Region diese erzielt wurden. Während die SPD bei den

Landtagswahlen zwischen 1952 und 1964 noch zwischen 20 und 33 der 74 bzw. seit 1956 70 Mandate direkt gewinnen konnte, so waren es 1968 und 1972 noch 9 bzw. 10 Wahlkreise und in der Folgezeit nie mehr als 7 Direktmandate (vgl. <http://www.wahlen-in-deutschland.de/blBawue.htm>). Bei den Landtagswahlen 1976, 1996, 2006 und 2011 errang die SPD sogar nur noch in einem Wahlkreis die meisten Stimmen, 2016 war sie in keinem Wahlkreis mehr die stärkste Partei. Während 1968 und 1972 neben Wahlkreisen aus Mannheim die SPD auch in manchen Wahlkreisen Stuttgarts, Heilbronn, Esslingens und Freiburgs Erfolge erzielen konnte, blieb nur der Mannheimer Norden bis einschließlich der Landtagswahl 2011 in Händen der Sozialdemokraten. Abgesehen von der Landtagswahl 2001 konnte die CDU mit nur sehr wenigen Ausnahmen in den – industriell geprägten, aber im Gegensatz zum Mannheimer Norden nicht mit ausgeprägten Arbeitermilieustrukturen unterfütterten – Wahlkreisen in Stuttgart und Umgebung die meisten Stimmen erzielen. Stattdessen gewann die SPD in den 1980er und 1990er Jahren entgegen dem Landestrend mitunter Direktmandate in universitär geprägten Wahlkreisen wie Freiburg oder Heidelberg.

Diese strukturelle Schwäche der Sozialdemokraten kann auch mit den spezifischen Mustern der ideologischen Parteienkonstellation in Baden-Württemberg zusammenhängen. Inhaltsanalysen der programmatischen Dokumente der baden-württembergischen Landtagsparteien zeigen, dass die Positionen von Christ- und Sozialdemokraten sowie die von FDP und Bündnis 90/Die Grünen sich relativ zentral in einem Politikraum befinden, der sich aus einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Dimension zusammensetzt (Bräuninger und Debus 2008, 2012). Zwar findet sich die für Deutschland typische „Benelux-Konstellation“ auch in Baden-Württemberg wieder, wo die Liberalen wirtschaftspolitisch der Union, gesellschaftspolitisch hingegen der SPD näherstehen (Laver und Hunt 1992, S. 56; Bräuninger und Debus 2012, S. 60 ff.). Überraschend ist jedoch die schwach ausgeprägte konservative Haltung der Christdemokraten in der Gesellschaftspolitik sowie die Veränderungen, die FDP und Bündnisgrüne in ihrer programmatischen Ausrichtung im Zeitverlauf vollzogen haben. Insbesondere die Grünen wandelten sich zwischen 1992 und 2006 von einer eher „links“ ausgerichteten hin zu einer moderaten politischen Kraft in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen (Bräuninger und Debus 2012, S. 62), sodass in diesem Politikfeld zentristisch ausgerichtete Wähler in Baden-Württemberg ein ansprechendes Politikangebot nicht nur bei Union und SPD, sondern auch bei den Grünen finden konnten. Dies kann – mit Rückgriff auf das Distanz-Modell von Downs (1957) sowie auf inhaltliche Distanzen ausgerichtete Koalitionstheorien (Axelrod 1970; De Swaan 1973; Schofield 1993) – helfen, den Wahlerfolg der Grünen 2011 als auch die 2001 und 2006 als realistisch erachtete Koalitionsoption aus CDU und

Grünen zu erklären (Schneider 2001, S. 392; Gabriel und Völkl 2007, S. 20; Weber 2010, S. 124).

Von Interesse für die Erklärung der „verrückten Verhältnisse“ im Kontext der Wahlergebnisse in Baden-Württemberg ist daher, ob sozialstrukturelle Merkmale wie der Arbeiterstatus in Verbindung mit der Gewerkschaftsbindung einen Einfluss auf die Wahlabsicht zugunsten der SPD im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands haben. Im Zusammenhang mit den Mustern des Parteienwettbewerbs im Südwesten gilt es zu untersuchen, inwiefern die programmatischen Positionen der Landesparteien – gerade mit Hinblick auf den Einzug der rechtskonservativen „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den Landtag – bislang unerwünschte bis ausgeschlossene, „lagerübergreifende“ Koalitionen wie eine Ampelkoalition, Grün-Schwarz oder ein Bündnis aus CDU, SPD und FDP möglich erscheinen lassen. Bevor diesen Fragen empirisch nachgegangen wird, werden im folgenden Abschnitt zunächst theoretische Fundierungen für die Erklärung von Wahlverhalten und Parteienwettbewerb näher ausgeführt, um so in der Analyse hypothesengeleitet und damit strukturiert vorgehen zu können.

---

### **3 Theoretische Zugänge zur Erklärung von Wahlverhalten, Parteienwettbewerb und Regierungsbildung**

Ziel sozialwissenschaftlicher Forschung ist nicht das Beschreiben, sondern das theoretisch fundierte Erklären von gesellschaftlichen oder politischen Phänomenen sowie deren Ursprünge, Charakteristika und Konsequenzen. Daher wird im Folgenden kurz ein Überblick zu zentralen theoretischen Ansätzen der Erklärung des Wahlverhaltens gegeben, mit denen die Determinanten der SPD-Wahlabsicht in Baden-Württemberg ermittelt werden können, sowie formale und institutionell-kontextuell ausgerichtete Theorien der Koalitions- und Regierungsbildung näher vorgestellt.

#### **3.1 Determinanten des Wahlverhaltens**

Aus makrosoziologischer Perspektive und dabei mit Rückgriff auf die Theorie sozialer Konfliktlinien von Lipset und Rokkan (1967) kann davon ausgegangen werden, dass sich ein Wähler mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Partei entscheidet, die seine über die soziale Gruppenzugehörigkeit determinierten Interessen am ehesten vertritt (vgl. Kohler 2002). In Deutschland repräsentieren CDU



und SPD die Interessen jeweils sozialstrukturell klar definierbarer Gruppen, welche die Persistenz zweier grundlegender Konfliktlinien widerspiegeln (vgl. Pappi und Shikano 2002, S. 449 f.). Dies ist zum einen der Konflikt zwischen Staat und römisch-katholischer Kirche, der sich im „Kulturkampf“ der 1870er und 1880er Jahre herausgebildet und zur Gründung der Zentrumspartei als Interessenvertretung der Katholiken in Deutschland auf politischer Ebene geführt hat. Begünstigt durch die Gründung einer überkonfessionellen Partei in Form der CDU/CSU nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich der Gegensatz zwischen „staatstragenden“ Protestanten und den so genannten „ultra-montanen“ Katholiken zu einem Gegensatz zwischen religiösen und nicht-religiösen Wählern gewandelt (vgl. Pappi 1985). Bürger mit einer hohen Kirchengangshäufigkeit, insbesondere wenn sie römisch-katholischer Konfession sind, haben gemäß zahlreicher Studien nach wie vor eine statistisch signifikant stärker ausgeprägte Wahrscheinlichkeit, CDU oder CSU zu wählen (vgl. etwa Pappi und Brandenburg 2010; Debus 2010, 2012; Roßteutscher 2012).

Ebenfalls der prominenten Individualisierungsthese (Beck 1986) entgegen steht der in Deutschland nach wie vor vorhandene Zusammenhang zwischen der Berufsgruppe eines Wählers und seiner Parteipräferenz bzw. Wahlabsicht. Die für die hier behandelte Fragestellung wichtigere, zweite Konfliktlinie verläuft zwischen abhängig Beschäftigten und Kapitaleignern und betrifft vor allem die Sozialdemokratische Partei, die den traditionellen Bündnispartner von Arbeitern und deren beruflichen Interessengemeinschaften in Form der Gewerkschaften darstellt (vgl. Kohler 2002, S. 58; Pappi 2002, S. 36 f.; Pappi und Shikano 2002, S. 449 f.), auch wenn sich dies seit der bundesweiten Etablierung der „Linken“ in Folge der wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) seit 2003 abgeschwächt hat (Pappi und Brandenburg 2010; vgl. auch Müller und Klein 2012). Studien zum Wahlverhalten und der Stärke der Parteien in Baden-Württemberg sehen die im zweiten Abschnitt dieses Beitrags bereits erwähnte strukturelle Schwäche der SPD im Südwesten dadurch bedingt, dass sie – im Gegensatz zur SPD allgemein oder in anderen Bundesländern – nicht auf ein sozialstrukturell verankertes, stabiles Stammwählerpotenzial in Form der (gewerkschaftlich gebundenen) Arbeiterschaft zurückgreifen kann (vgl. Eith 2008). Prinzipiell sollten die industriellen Ballungs- und Dienstleistungszentren in Württemberg zwischen Stuttgart und Heilbronn eine ideale Basis für linke – sozialdemokratische oder sozialistische – Parteien darstellen, jedoch konnte aufgrund der häufigen Nebentätigkeit vieler Arbeiter in der Landwirtschaft kein für sozialdemokratisch-linker Parteien günstiges „sozial-moralisches Milieu“ (Lepsius 1973) in diesen Regionen Baden-Württemberg entstehen. Zu erwarten ist daher, dass – im Gegensatz zur Bundesebene

oder anderen Bundesländern – Arbeiter in Baden-Württemberg keine stärker ausgeprägte Wahlabsicht zugunsten der Sozialdemokraten aufweisen.

Neben Faktoren, die in der Sozialstruktur begründet liegen, lassen sich theoriegeleitet weitere Faktoren identifizieren, die das Wahlverhalten beeinflussen und für die im statistischen Schätzmodell kontrolliert werden muss. Dies sind die einer Partei zugewiesene Kompetenz bei der Lösung von Problemen zu als relevant angesehenen Sachfragen und eine Präferenz für den Spitzenkandidaten einer Partei (vgl. für eine Übersicht Pappi und Shikano 2007; Schoen und Weins 2014). Demzufolge sollte eine Präferenz für den SPD-Spitzenkandidaten Nils Schmid und eine den Sozialdemokraten zugewiesene Problemlösungskompetenz für die wichtigsten Sachfragen in Baden-Württemberg die Chancen auf Entwicklung einer SPD-Wahlabsicht positiv beeinflussen. Auch dem Geschlecht eines Wählers wird ein Einfluss auf das Wahlverhalten zugeschrieben: gemäß der Literatur zum „modern gender gap“ sollten zur Durchsetzung wohlfahrtsstaatlicher Policies, die unter anderem Frauen eine soziale Absicherung bieten, weibliche Wähler eher dazu tendieren, Parteien links der Mitte und damit auch die SPD zu wählen (vgl. Inglehart und Norris 2000; Giger 2009; Debus 2016). Da Landtagswahlen in ihrer Form als „second order election“ (Reif und Schmitt 1980) zudem als Möglichkeit angesehen werden, die Bundesregierung abzustrafen, sollte – bei einer negativen Bewertung für die Arbeit der Bundesregierung – die Chance sinken, SPD zu wählen, wenn die Sozialdemokraten an der Regierung in Berlin beteiligt sind, bzw. steigen, wenn sie auf Bundesebene die Opposition stellen (vgl. Jeffery und Hough 2001; Burkhart 2005; Müller und Debus 2012). Schließlich kann – aufbauend auf der Literatur zum retrospektiven Wählen (Lewis-Beck und Stegmaier 2000) – erwartet werden, dass bei einer im Bundesland Baden-Württemberg als gut empfundenen wirtschaftlichen Lage die Regierungsparteien wiedergewählt werden, wohingegen die Wähler bei einer als schlecht eingeschätzten Situation einen Anreiz darin könnten, sich für die Opposition zu entscheiden. Während die SPD als Oppositionspartei 2011 von einer schlechten Einschätzung der wirtschaftlichen Lage profitieren sollte, sollte 2016 das Gegenteil der Fall sein.

### **3.2 Determinanten der Koalitions- und Regierungsbildung**

Die koalitionstheoretische Literatur identifiziert vier Faktoren und Prozesse als entscheidend für die parteipolitische Zusammensetzung einer Regierung. Diese sind 1) das Wahlergebnis bzw. die Sitzstärke der Parteien, auf die sich die an der Maximierung von politischen Ämtern ausgerichteten Koalitionstheorien

konzentrieren (von Neumann und Morgenstern 1944; Riker 1962; Peleg 1981; van Deemen 1989); 2) die sachpolitisch-inhaltliche Positionierung der parteipolitischen Akteure, was dem policy-orientierten Ansatz der Koalitionstheorie entspricht (vgl. Axelrod 1970; De Swaan 1973; Laver und Shepsle 1996); 3) die institutionell-kontextuellen Faktoren des politischen Prozesses allgemein und des Regierens im Besonderen (vgl. Strøm et al. 1994; Kropp 2001; Martin und Stevenson 2001, 2010; Bäck und Dumont 2008); 4) die seitens der Parteien mitunter geäußerten, positiv wie negativ formulierbaren Koalitionsaussagen (Golder 2006; Debus 2007, 2009).

Durch das Wahlergebnis wird zunächst die Menge an potenziell möglichen Koalitionen festgelegt (vgl. zum folgenden Debus 2011, S. 286 f.). Insofern die Parteien lediglich an Ämtern interessiert sind, stehen Sitzstärke und Anzahl der Koalitionspartner im Vordergrund des Interesses. Entsprechend gehen office-orientierte Ansätze der kooperativen Koalitionstheorie davon aus, dass sich kleine oder kleinstmögliche Gewinnkoalitionen bilden (von Neumann und Morgenstern 1944; Riker 1962) bzw. Gewinnkoalitionen mit einer möglichst geringen Anzahl an Parteien, sodass Verhandlungskosten gering ausfallen (Leiserson 1968). Auch in nicht-kooperativen Ansätzen kommt der Sitzstärke der Parteien eine wichtige Bedeutung zu. So hat die an Mandaten im Parlament stärkste Partei einen Vorteil sowohl bei der Wahl des „Regierungsbildners“ (formateur) als auch in den Koalitionsverhandlungen (vgl. Austen-Smith und Banks 1988).

Zweitens nehmen politische Akteure programmatische Standpunkte zu sachpolitischen Fragen ein. Diese Positionen bilden die Grundlage für die Koalitionspräferenzen von sachpolitisch motivierten Parteien, die Koalitionen anhand ihres zu erwartenden Politikergebnis bewerten. Im Allgemeinen wird eine Partei solche Koalitionen anstreben, deren erwartbare Politik der eigenen Position nahe kommt. Daher beziehen policy-orientierte Ansätze der Koalitionstheorien die ideologischen bzw. politikfeldspezifischen Positionen der Parteien ein und prognostizieren die Wahl von Koalitionen mit geringer Heterogenität (vgl. Axelrod 1970; De Swaan 1973).

In Deutschland übt drittens der Mehrebenencharakter des politischen Systems einen Einfluss auf die Regierungsbildung aus. So wirken die bundespolitischen Mehrheitsverhältnisse auf die Regierungsbildung in den Bundesländern ein (vgl. Jun 1994; Kropp 2001; Pappi et al. 2005; Bräuninger und Debus 2008; Däubler und Debus 2009). Um ihre Politikziele auch im Bundesrat durchsetzen zu können, sollten die an der Bundesregierung beteiligten Parteien versuchen, parteipolitisch gleiche Landesregierungen zu installieren, um damit das Lager der Regierungsländer im Bundesrat zu stärken. Umgekehrt ist zu erwarten, dass die

Oppositionsparteien auf Bundesebene die Schwächung des Regierungslagers zum Ziel haben.

Zudem kommt weiteren, „kontextuellen“ Merkmalen ein entscheidender Einfluss auf die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungen zu (vgl. Strøm et al. 1994; Martin und Stevenson 2010). So weisen Koalitionsoptionen mit Parteien, mit denen in der Vergangenheit bereits Erfahrungen im gemeinsamen Regieren gesammelt werden konnten, im Allgemeinen geringere Unsicherheiten und geringere Transaktionskosten auf (vgl. Bäck und Dumont 2007). Zu den Kontextmerkmalen zählt auch der Ausschluss von einer oder mehreren Parteien aus dem Koalitionsspiel aufgrund ihres Status als „Anti-System-Partei“. Einzelne Parteien können zum einen generell, also von allen anderen Mitbewerbern, von der Regierungsbildung a priori ausgeschlossen werden, zum anderen aber auch nur von einigen Parteien als von vornherein „nicht regierungsfähig“ deklariert werden (Debus 2007, 2009). Gleiches gilt – mit umgekehrtem Vorzeichen – für positiv formulierte Koalitionsaussagen oder Vorwahlallianzen (Decker 2009; vgl. Jun 1994; Martin und Stevenson 2001; Bräuninger und Debus 2008; Debus 2009).

Alle hier aufgeführten Faktoren tragen zur Erklärung der Regierungsbildung in den deutschen Bundesländern – allerdings in variierendem substanziellem Ausmaß – bei. Das Ziel der zweiten Stufe der Analyse ist daher, auf der Basis der hier kurz vorgestellten theoretischen Zugänge zur Regierungs- und Koalitionsbildung eine empirisch fundierte Analyse und Vorhersage des Regierungsbildungsprozesses in Baden-Württemberg nach der Landtagswahl 2016 vorzunehmen. Die dazu wie auch für die Analyse des Wahlverhaltens notwendigen Daten und Methoden werden im folgenden Abschnitt näher beschrieben.

---

## 4 Daten und Methoden

Zur Evaluierung der im vorangegangenen Abschnitt hergeleiteten Erwartungen wird zum einen Datenmaterial benötigt, das die Ermittlung der Determinanten der SPD-Wahlabsicht ermöglicht. Da zur Landtagswahl 2016 die entsprechenden Umfragedaten noch nicht verfügbar sind, wird die Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen e. V. herangezogen, die zur Landtagswahl 2011 erstellt wurde. Um zu überprüfen, ob die ermittelten Effekte theoretisch hergeleiteter Variablen auf die SPD-Wahlabsicht für Baden-Württemberg Besonderheiten aufweisen, wird die gleiche Analyse für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz durchgeführt. Da beide Landtagswahlen zum selben Zeitpunkt stattfanden, können kontextuelle Faktoren, die das Wahlverhalten beeinflussen können, konstant

gehalten werden.<sup>3</sup> Schließlich wird die zu erklärende Variable variiert, indem nicht nur der Einfluss der theoretisch als relevant identifizierten Faktoren auf die SPD-Wahlabsicht, sondern auch auf eine Parteiidentifikation mit bzw. subjektive Parteinähe zur SPD als dem Kernkonzept des sozialpsychologischen Modells des Wahlverhaltens (Campbell et al. 1960) ermittelt werden.

Zum anderen werden – um die Spezifika des Parteienwettbewerbs in Baden-Württemberg untersuchen und die Konsequenzen für den Regierungsbildungsprozess 2016 analysieren zu können – Informationen zu den politikfeldspezifischen Positionen der Landesparteien benötigt. Diese werden – aufbauend auf einem bestehenden Datensatz – auf der Grundlage einer computergestützten Inhaltsanalyse der Wahlprogramme zu den Landtagswahlen 2011 und 2016 vorgenommen (vgl. Bräuninger und Debus 2012).

Die abhängige Variable für den ersten Schritt der Untersuchung umfasst Informationen darüber, ob ein in den Wahlstudien Befragter die Absicht hatte, SPD zu wählen oder nicht bzw. ob er oder sie angab, eine subjektive Nähe zur Sozialdemokratischen Partei zu empfinden. Die Ausprägungen dieser dichotom codierten abhängigen Variablen werden mit Variablen erklärt, die sich aus den in Abschn. 3 kurz aufgeführten theoretischen Ansätzen ergeben. Die für die hier behandelte Fragestellung zentrale erklärende Variable ergibt sich aus der Berufsgruppe eines Befragten in Kombination mit der Variable „Gewerkschaftsmitgliedschaft“ als Indikator für die soziale Integration eines Befragten in das Arbeitermilieu. Sollte also die Erwartung zutreffen, dass die baden-württembergische SPD ein Problem hat, Wähler aus dem (gewerkschaftlich organisierten) Arbeitermilieu zu erreichen, dann sollte diese Variable keinen signifikant positiven Effekt auf die Wahlabsicht und Parteiidentifikation zugunsten der Sozialdemokraten ausüben, in Rheinland-Pfalz hingegen schon.

Gleichzeitig wird für weitere Variablen kontrolliert, denen ein Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten allgemein und insbesondere auf die SPD-Wahlabsicht zugeschrieben werden kann. Einen positiven Effekt auf eine Wahlabsicht zugunsten der SPD sollte eine der SPD zugewiesene Kompetenz für die Lösung des am wichtigsten angesehenen Problems, d. h. für die Handhabung der Atomenergiepolitik sowie von „Stuttgart 21“, bei der Landtagswahl 2011 ausüben. Kandidatenzentriertes Wählen in Form des Wunsches, dass der SPD-Spitzenkandidat – im Fall Baden-Württembergs Nils Schmid, für Rheinland-Pfalz 2011 Kurt Beck – (erneut) Ministerpräsident wird, sollte eine Wahlabsicht zugunsten der Sozialdemokraten wahrscheinlicher machen. Der Eingebundenheit von Landtagswahlen in

---

<sup>3</sup>Das Datenmaterial wurde vom Archiv der GESIS bereitgestellt (ZA-Nr. 5625 und 5626).

das deutsche Mehrebenensystem und die damit für die Wähler verbundene Möglichkeit, die die Bundesregierung stellenden Parteien abzustrafen, wird mit der Integration einer Variable berücksichtigt, welche die Zufriedenheit eines Befragten mit der Bundesregierung umfasst. Sofern keine Zufriedenheit vorliegt, sollte bei beiden Landtagswahlen ein Anreiz bestanden haben, die SPD zu wählen, die 2011 im Bundestag die Opposition gegen die schwarz-gelbe Bundesregierung anführte. Retrospektives Wählen wird anhand der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Bundesland erfasst: als Oppositionspartei in Baden-Württemberg sollte die SPD von einer als gemischt oder schlecht eingestuften wirtschaftlichen Lage profitieren, wohingegen diese Variable einen negativen Effekt auf die Wahlabsicht der in Rheinland-Pfalz von 2006 bis 2011 alleine regierenden Sozialdemokraten haben sollte. Schließlich wird in den logistischen Regressionsmodellen, die bei einer dichotom codierten abhängigen Variablen angebracht sind, noch für das Geschlecht der Befragten und für deren religiöse Orientierung kontrolliert.

Zur Ermittlung der Positionen der baden-württembergischen Parteien auf den beiden den deutschen Parteienwettbewerb maßgeblich prägenden Konfliktdimensionen – dem Gegensatz zwischen einem „starken“, intervenierenden und einem „schwachen“, zurückhaltenden Staat in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einerseits und dem Gegenüber von progressiv-liberalen und traditionell-konservativen Positionen in der Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik andererseits (vgl. Laver und Hunt 1992; Pappi und Shikano 2004; Benoit und Laver 2006; Bräuninger und Debus 2012) – wird hier auf das rein computergestützte „Wordscores“-Verfahren zurückgegriffen (Laver et al. 2003). Insbesondere für Deutschland, aber auch für eine Reihe weiterer westeuropäischer Staaten ergeben sich hohe Zusammenhangswerte zwischen den mit Wordscores ermittelten Parteipositionen und manuell erhobenen ideologischen Positionswerten im Zeitverlauf (vgl. Bräuninger et al. 2013), sodass von einer hohen Zuverlässigkeit der hier ermittelten Werte ausgegangen werden kann.<sup>4</sup> Einem auf der Grundlage dieses Verfahrens bereits

---

<sup>4</sup>Das Verfahren geht von der Beobachtung aus, dass die Wortwahl politischer Akteure in ihren programmatischen Dokumenten oder Reden nicht nach dem Zufallsprinzip erfolgt. Vielmehr wird angenommen, dass man allein aufgrund der relativen Worthäufigkeit eines Dokuments auf dessen programmatische Position schließen kann. Vorab werden Referenztexte identifiziert, denen für die jeweilige Politikdimensionen Referenzwerte zugewiesen werden. Für die hier vorgenommene Analyse sind die Referenztexte die Bundestagswahlprogramme von Union, SPD, FDP und Grünen zu den Bundestagswahlen 1990 und 2002, das Wahlprogramm der PDS 2002 und das der NPD zur Bundestagswahl 2013. Die Referenzwerte für die Parteipositionen sind den Expertenbefragungen von Laver und Hunt (1992) sowie von Benoit und Laver (2006) entnommen.

erstellten Datensatzes, der die Positionen der deutschen Bundes- und Landesparteien seit Januar 1990 umfasst (Bräuninger und Debus 2008, 2012), wurden die zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg verfassten Wahlprogramme von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke und AfD hinzugefügt. Zudem erlaubt dieser Datensatz mithilfe multivariater Regressionsmodelle<sup>5</sup> die Ermittlung der Determinanten der Koalitionsbildung in Bund und Ländern, auf deren Grundlage sich wiederum die Wahrscheinlichkeit für jede mögliche Koalitionsoption, die sich aus der Anzahl der parlamentarisch vertretenen Parteien ergibt, sowie die Chancen berechnen lassen, dass eine Partei allgemein an der nächsten Regierung beteiligt sein wird (Bräuninger und Debus 2008, S. 328 ff.; Linhart et al. 2010, S. 248 ff.; Debus und Müller 2011; Glasgow und Golder 2015).

---

## 5 Ergebnisse

Die Präsentation der Ergebnisse der Analyse erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden die Determinanten der SPD-Wahlabsicht und SPD-Parteidentifikation in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu den Landtagswahlen 2011 mithilfe logistischer Regressionsmodelle ermittelt, um so die Frage zu beantworten, ob den Sozialdemokraten im Südweststaat der „sozialstrukturelle Unterbau“ fehlt, was zu einer Erklärung ihres zunehmend schlechten Abschneidens bei Wahlen in Baden-Württemberg beitragen würde. In einem zweiten Schritt werden die programmatischen Positionen der Parteien in Baden-Württemberg zu den Landtagswahlen 2011 und 2016 präsentiert, Positionsverschiebungen interpretiert und auf der Grundlage gängiger Koalitionstheorien die Wahrscheinlichkeit des Eintretens verschiedener Koalitionsmöglichkeiten ermittelt und diskutiert.

---

<sup>5</sup>Aus Platzgründen wird auf die Ausweisung der Ergebnisse der einzelnen bedingten logistischen Regressionen verzichtet. Für eine ausführliche Darstellung vgl. Bräuninger und Debus (2008, 2012, S. 181 ff.) sowie Debus und Müller (2011).

**Tab. 2** Determinanten der SPD-Wahlabsicht (Modell 1) und SPD-Parteiidentifikation (Modell 2) zur Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg

	SPD-Wahlabsicht	SPD-Parteiidentifikation
<i>Haupterklärungsvariablen</i>		
Arbeiter	0,12	0,10
	(0,29)	(0,26)
Gewerkschaftsmitglied/-haushalt	0,55*	0,32
	(0,23)	(0,22)
Arbeiter x Gewerkschaftsmitglied/-haushalt	−0,42	−0,05
	(0,50)	(0,46)
<i>Kontrollvariablen</i>		
Evangelisch	−0,06	0,44*
	(0,20)	(0,19)
Konfessionslos	−0,10	−0,05
	(0,25)	(0,24)
Frau	−0,33 <sup>+</sup>	−0,38*
	(0,19)	(0,18)
Ministerpräsidentenpräferenz: Nils Schmid	1,59**	1,16**
	(0,19)	(0,18)
Allgemeine wirtschaftliche Lage: (eher) schlecht	0,15	0,20
	(0,20)	(0,18)
Allgemeine Problemlösungskompetenz: SPD	2,40**	1,79**
	(0,19)	(0,18)
Übereinstimmung Atomkraftpolitik: SPD	1,08**	0,89**
	(0,25)	(0,23)
Übereinstimmung Stuttgart 21: SPD	0,78**	0,29
	(0,24)	(0,23)
Zufriedenheit mit der Bundesregierung	0,01	−0,06 <sup>+</sup>
	(0,04)	(0,03)
Konstante	−3,26**	−2,57**
	(0,34)	(0,30)

(Fortsetzung)



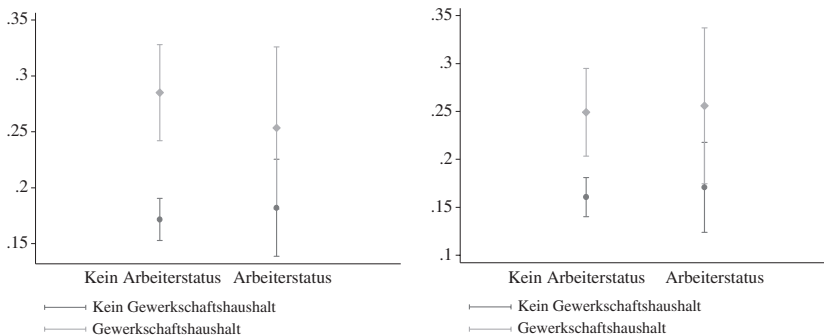
**Tab. 2** (Fortsetzung)

	SPD-Wahlabsicht	SPD-Parteidentifikation
<i>N</i>	1393	1393
Pseudo <i>R</i> <sup>2</sup>	0,394	0,275
<i>AIC</i>	861.00	982.80

Anmerkungen: Angegeben sind nicht standardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: +  $p < 0.10$ , \*  $p < 0.05$ ; \*\*  $p < 0.01$

## 5.1 Determinanten der SPD-Wahlabsicht und – Parteidentifikation in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

Die Ergebnisse der logistischen Regressionsmodelle mit der abhängigen Variable, ob ein Befragter eine Wahlabsicht zugunsten der SPD (Modell 1) oder eine subjektive Nähe zu den Sozialdemokraten (Modell 2) im Rahmen der Landtagswahlstudie der Forschungsgruppe Wahlen 2011 angab oder nicht, sind in Tab. 2 abgetragen. Die Ergebnisse des ersten Modells zeigen, dass Befragte, die selbst Gewerkschaftsmitglied sind oder in einem Gewerkschaftshaushalt leben, eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, eine Wahlabsicht zugunsten der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg 2011 geäußert zu haben. Gleiches gilt, wenn ein Befragter den SPD-Spitzenkandidaten Nils Schmid als Ministerpräsidenten präferierte, der SPD die Lösungskompetenz bei dem als am wichtigsten angesehenen Problem zuwies, als auch die Sozialdemokraten als die Partei nannte, die seine Einstellungen in Fragen von „Stuttgart 21“ sowie dem Issue „Atomkraft“ am ehesten vertritt. Eine subjektiv empfundene Parteinähe zur SPD hat ebenfalls in statistisch signifikanter Weise die Wahrscheinlichkeit erhöht, die SPD bzw. ihre Wahlkreiskandidaten in Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2011 zu wählen. Die für die hier gestellte Fragestellung zentrale Variable – die Zugehörigkeit eines Befragten zur Berufsgruppe der Arbeiter – weist hingegen keinen von Null verschiedenen Effekt auf: Arbeiter in Baden-Württemberg hegen keine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit zur Wahl der Partei, welche die Interessen ihrer Berufsgruppe gemäß ihrem – historisch gewachsenen – Selbstverständnis wie auch dem theoretischen Ansatz des in der Sozialstruktur verankerten interessegeleiteten Wählens repräsentiert. Auch der Interaktionseffekt zwischen Gewerkschaftsgebundenheit und Arbeiterstatus ist nicht signifikant. Es sind – entgegen den sich für die Bundesrepublik insgesamt ergebenden Resultaten (vgl. Pappi und Brandenburg 2010; Debus 2010, 2012) – in Baden-Württemberg nicht die



**Abb. 1** Effekt des Arbeiterstatus in Abhängigkeit der Gewerkschaftsgebundenheit auf die SPD-Wahlabsicht (links) und die SPD-Parteidentifikation (rechts) in Baden-Württemberg 2011. (Quelle: eigene Berechnungen auf der Grundlage der Regressionsmodelle in Tab. 2)

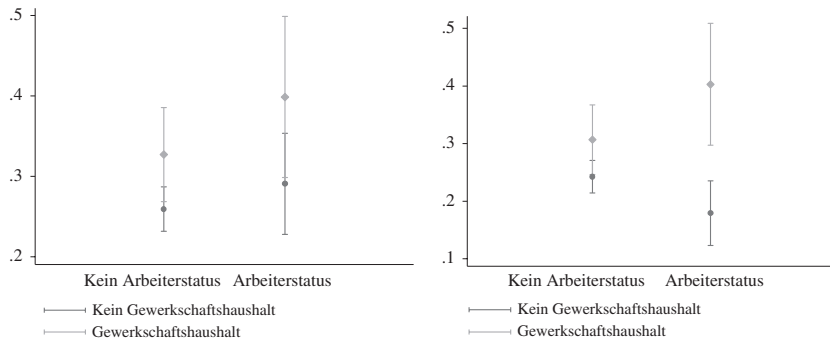
(gewerkschaftsgebundenen) Arbeiter, die eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahl aufweisen. Vielmehr führt die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nur bei den Befragten, die einer anderen Berufsgruppe als den Arbeitern angehören, zu einer signifikant höheren SPD-Wahlabsicht (vgl. Abb. 1). An den Ergebnissen ändert sich mit Hinblick auf die Haupteklärungsvariablen nichts Wesentliches, wenn nicht die SPD-Wahlabsicht, sondern die subjektive Nähe zur SPD als abhängige Variable in der Regressionsanalyse herangezogen wird (vgl. Modell 2 in Tab. 2). Gemäß Abb. 2 ist vor allem die Gewerkschaftsmitgliedschaft ausschlaggebend für eine SPD-Wahlabsicht und SPD-Parteidentifikation in Baden-Württemberg 2011, und dies auch nur bei Befragten, die nicht der Berufsgruppe der Arbeiter angehören.

Für den Fall der Determinanten der SPD-Wahlabsicht in Rheinland-Pfalz (vgl. Tab. 3), wo 2011 gleichzeitig mit Baden-Württemberg Landtagswahlen stattfanden, ergibt sich ein leicht anderes Bild. Während auch hier eine der SPD zugewiesene Problemlösungskompetenz sowie eine Präferenz für Kurt Beck als künftigen Ministerpräsidenten die Chance statistisch signifikant erhöht haben, dass ein Befragter eine Wahlabsicht zugunsten der Sozialdemokraten hegt oder sich mit ihr identifiziert, so gilt letzteres – im Gegensatz zu Baden-Württemberg – auch für die Berufsgruppe der gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter und damit für die soziale Gruppe, die gemäß ihrer sozialstrukturell determinierten Interessenlage eine besondere Affinität zur Wahl der SPD aufweisen sollte. Abb. 2 verdeutlicht dies grafisch: Gewerkschaftlich gebundene Arbeiter wiesen 2011 in Rheinland-Pfalz eine Chance von rund 41 % auf, sich mit der SPD zu identifizieren,

**Tab. 3** Determinanten der SPD-Wahlabsicht zur Landtagswahl 2011 in Rheinland-Pfalz

	SPD-Wahlabsicht	SPD-Parteiidentifikation
<i>Haupterklärungsvariablen</i>		
Arbeiter	0,26	-0,54 <sup>+</sup>
	(0,28)	(0,29)
Gewerkschaftsmitglied/-haushalt	-0,06	-0,03
	(0,25)	(0,24)
Arbeiter x Gewerkschaftsmitglied/-haushalt	0,26	1,18*
	(0,51)	(0,50)
<i>Kontrollvariablen</i>		
Evangelisch	0,44*	0,47*
	(0,21)	(0,20)
Konfessionslos	0,29	0,32
	(0,26)	(0,26)
Frau	0,28	0,21
	(0,19)	(0,19)
Ministerpräsidentenpräferenz: Kurt Beck	1,69**	1,24**
	(0,24)	(0,24)
Allgemeine wirtschaftliche Lage: (eher) gut	-0,06	-0,11
	(0,20)	(0,19)
Allgemeine Problemlösungskompetenz: SPD	2,11**	1,99**
	(0,19)	(0,20)
Übereinstimmung Atomkraftpolitik: SPD	0,66**	0,37
	(0,25)	(0,24)
Zufriedenheit mit der Bundesregierung	0,00	-0,05
	(0,03)	(0,03)
Konstante	-3,45**	-2,79**
	(0,36)	(0,34)
<i>N</i>	955	955
Pseudo <i>R</i> <sup>2</sup>	0,337	0,281
<i>AIC</i>	778.32	800.83

Anmerkungen: Angegeben sind nicht standardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: +  $p < 0.10$ , \*  $p < 0.05$ ; \*\*  $p < 0.01$



**Abb. 2** Effekt des Arbeiterstatus in Abhängigkeit der Gewerkschaftsgebundenheit auf die SPD-Wahlabsicht (links) und die SPD-Parteidentifikation (rechts) in Rheinland-Pfalz 2011. (Quelle: eigene Berechnungen auf der Grundlage der Regressionsmodelle in Tab. 3)

gewerkschaftlich nicht gebundene Wähler bzw. Befragte aus anderen Berufsgruppen ohne Gewerkschaftshintergrund hatten nur eine Wahrscheinlichkeit von 18 bzw. 24 %, eine subjektive Parteinähe zur SPD anzugeben.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass – im Unterschied zu den am gleichen Termin stattfindenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz im März 2011 – die SPD in Baden-Württemberg in Übereinstimmung mit der in Abschn. 2 hergeleiteten Erwartung keine Basis unter der (gewerkschaftlich gebundenen) Arbeiterschaft hatte. Dieses Fehlen eines sozialstrukturell determinierten und stabilen „Wählersockels“ kann eine Erklärung dafür darstellen, dass die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg nicht nur bei den Landtagswahlen 2011, sondern auch bei den folgenden, in Tab. 1 dargestellten Wahlen schwache Ergebnisse erzielt haben und bei der Landtagswahl 2016 nur 12,7 % der Stimmen erreichten.

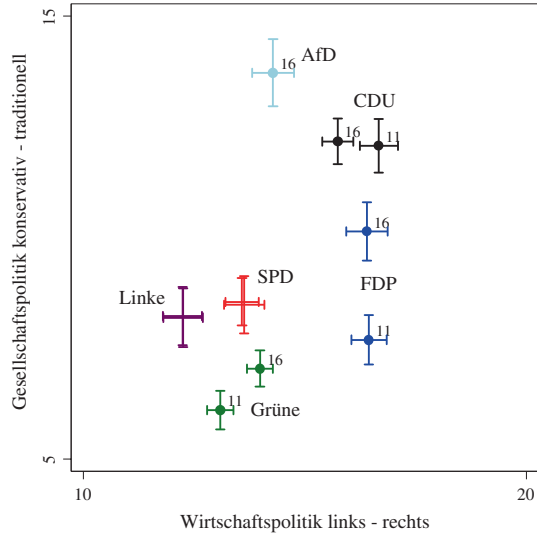
## 5.2 Parteienwettbewerb und Regierungsbildung in Baden-Württemberg zwischen 2011 und 2016

Gemäß den Ergebnissen der „Wordscores“-Analyse haben sich die Muster des Parteienwettbewerbs in Baden-Württemberg zwischen 2011 und 2016 kaum verändert. Ihre Positionen in statistisch signifikanter Form haben insbesondere die FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen und die CDU verschoben. Während die Liberalen ihre – für eine liberale Partei typische – auf tendenziell weniger staatlichen

Einfluss setzende Position beibehalten haben, hat die FDP ihre gesellschaftspolitisch sehr progressive Position 2011 zur Landtagswahl 2016 deutlich abgeschwächt. Dies mag mit der Flüchtlingskrise und der zunehmenden Skepsis innerhalb der Bevölkerung zur Integrationsfähigkeit der Menge an Migranten zu tun haben, da die gesellschaftspolitische Dimension auch Fragen der Ausländerpolitik mit abdeckt. Diese programmatische Verschiebung der FDP weg von SPD und Grünen und in Richtung der Position der Union sollte potenzielle Verhandlungen über eine „Ampelkoalition“ schwieriger machen. Die CDU hat ihre gesellschaftspolitisch moderat konservative Position beibehalten und ist auf der sozio-ökonomischen Links-Rechts-Achse weiter in die Mitte gerückt. Auch dies ist typisch für eine christdemokratische Partei in Europa (Laver und Hunt 1992; Benoit und Laver 2006). Die baden-württembergischen Grünen haben ihre – ohnehin schon sehr moderate (Bräuninger und Debus 2012, S. 61 ff.) – Position noch weiter wirtschaftspolitisch nach rechts verschoben sowie ihre gesellschaftspolitisch progressiven Standpunkte weiter abgemildert. Die SPD wie die Linke haben ihre programmatischen Positionen nicht geändert; in der baden-württembergischen ideologischen Parteienkonstellation stehen die Sozialdemokraten und insbesondere die Linke für eher staatsinterventionistische Positionen in der Wirtschaftspolitik und treten – jedoch in einem weniger starken Ausmaß als die Grünen – für gesellschaftspolitisch progressive Politikinhalte ein. Die zur Landtagswahl 2016 erstmals angetretene AfD markiert – erwartungsgemäß – das rechte Ende des Spektrums in gesellschaftspolitischen Fragen, ist jedoch wirtschafts- und sozialpolitisch überraschend moderat ausgerichtet, was mit dem Austritt des wirtschaftsliberalen Flügels aus der Partei 2015 erklärt werden könnte. Wenn lediglich die programmatische Ausrichtung der Parteien ausschlaggebend für die Regierungsbildung wäre, dann würde die in Abb. 3 präsentierte Parteienkonstellation für eine Zusammenarbeit aus SPD, Grünen und Linken sprechen. Diese drei Parteien bilden einen programmatisch kohärenten Block. Eine Kooperation zwischen CDU, FDP und AfD müsste größere inhaltliche Distanzen überbrücken; letzteres würde umso mehr für eine schwarz-grüne Koalition oder eine „Jamaika-Koalition“ aus Union, Grünen und Liberalen gelten. Auch eine „Deutschland-Koalition“ aus CDU, SPD und FDP dürfte Probleme haben, sich auf Politikkompromisse insbesondere in wirtschaftspolitischen, aber auch in gesellschaftspolitischen Fragen zu einigen.

Diese Betrachtungsweise bezieht jedoch nicht die sich aus den office-orientierten Koalitionstheorien sowie den institutionell-kontextuellen Faktoren ergebenden weiteren Variablen in die Ermittlung der Wahrscheinlichkeit aller theoretisch möglichen Koalitionsoptionen ein. Im Folgenden wird daher auf der

**Abb. 3** Programmatische Positionen ausgewählter Parteien zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, 2011–2016. (Quelle: eigene Berechnungen auf der Grundlage des Datensatzes von Bräuninger und Debus 2008, 2012)



Grundlage eines bedingten logistischen Regressionsmodells, das Variablen aus dem Bereich der office-, policy- und (semi-)institutionellen Koalitionstheorie umfasst und auf Daten zu allen 98 Regierungsbildungsprozessen in den deutschen Bundesländern zwischen 1990 und 2015 basiert (vgl. Bräuninger und Debus 2008; Debus und Müller 2011), die Wahrscheinlichkeiten dafür ermittelt, dass sich die aufgrund der Anzahl und Stärke der im Landtag in Stuttgart vertretenen Fraktionen theoretisch möglichen Koalitionen auch tatsächlich bilden. Um die Effekte ausgewählter Variablen – insbesondere der Koalitionsaussagen der Parteien – auf die Wahrscheinlichkeit verschiedener Koalitionsoptionen zu überprüfen, werden drei Szenarien gewählt, auf deren Grundlage die Schätzung der Koalitionswahrscheinlichkeiten basiert.<sup>6</sup> Aufgrund des Wahlergebnisses gehören dem Landtag von Baden-Württemberg fünf Parteien an: Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, AfD und FDP. Die Anzahl der theoretisch möglichen Koalitionen liegt damit – gemäß der Formel  $2^n - 1$ , wobei  $n$  für die Anzahl aller im Parlament

<sup>6</sup>Eine Situation, in der Grüne und SPD bzw. CDU und FDP jeweils eine Mehrheit ohne einen weiteren Partner erreichen, lassen wir unberücksichtigt. Diese zwei Koalitionen sind die von den jeweiligen Parteien ohnehin präferierten Optionen und würden sich – auch gemäß den Modellschätzungen – bei gegebener Mehrheit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch bilden.

**Tab. 4** Eintrittswahrscheinlichkeiten ausgewählter Koalitionsoptionen

Koalitionsoption	Szenario 1 Wahlergebnis; Ausschluss der AfD vom Regierungsbildungsprozess (%)	Szenario 2 Wahlergebnis; Ausschluss der AfD vom Regierungsbildungsprozess; FDP schließt a priori Ampelkoalition aus (%)	Szenario 3 Wahlergebnis; Ausschluss der AfD vom Regierungsbildungsprozess; FDP schließt eine Ampelkoalition a priori aus; CDU lehnt Beteiligung an einer von Grünen geführten Koalition ab (%)
Grüne-CDU	44,6	69,4	<0,1
Grüne-SPD-FDP	35,7	<0,1	<0,1
CDU-SPD-FDP	12,3	19,1	69,4
Grüne-SPD	4,5	7	25,6
Andere	2,9	4,4	4,9

Anmerkung: Ergebnisse basieren auf der Schätzung der Determinanten der Regierungsbildung in den deutschen Bundesländern von 1990 bis 2015 mithilfe einer bedingten logistischen Regression (McFadden 1973; Martin und Stevenson 2001; Bräuninger und Debus 2008, Debus und Müller 2011)

vertretenen Parteien steht – bei 31. Das erste Szenario berücksichtigt nicht die Ablehnung einer „Ampelkoalition“ seitens der FDP, das zweite Szenario hingegen schon. Szenario 3 fügt der zweiten Konstellation die Information hinzu, dass die CDU eine Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen ausschließt, in der die Grünen die stärkste Partei sind, was auf Äußerungen des CDU-Spitzenkandidaten Guido Wolf in der Woche vor der Wahl basiert.

Tab. 4 weist die Eintrittswahrscheinlichkeiten ausgewählter Koalitionsoptionen für die drei dargelegten Szenarien aus. Gemäß dem ersten Szenario, dass nur den Ausschluss der AfD vom Koalitionsspiel, nicht aber die Ablehnung einer Ampelkoalition durch die FDP berücksichtigt, wäre eine grün-schwarze Koalition mit 44,6 % leicht wahrscheinlicher als eine Ampelkoalition (35,7 %). Eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 12,3 % erreicht die so genannte „Deutschland-Koalition“ aus CDU, SPD und FDP. Deren Chance auf Formierung würde leicht auf 19,1 % anwachsen, wenn in die Analyse mit einbezogen würde, dass die FDP eine Ampelkoalition nach der Wahl ausschließt. Allerdings wäre die Bildung einer grün-schwarzen Koalition mit 69,4 % das bei weitem wahrscheinlichste Ergebnis des Regierungsbildungsprozesses. Würde – gemäß Szenario 3 – Grün-Schwarz als ausgeschlossen betrachtet, dann bliebe nur die Deutschlandkoalition

als Ausweg und wäre deutlich wahrscheinlicher als eine grün-rote Minderheitsregierung. Insgesamt betrachtet ergibt sich – gemäß des die Realität vor der Landtagswahl 2016 abbildenden zweiten Szenarios – ein durchaus klares Bild: eine Koalition aus Grünen und CDU dominiert die Alternative einer Dreierkoalition aus CDU, SPD und FDP, in der die stärkste Partei im Parlament – die Grünen – nicht miteinbezogen wäre.

Eine Möglichkeit, die „Dominanz“ einer Partei im Regierungsbildungsprozess zu ermitteln, ergibt sich aus der Summe der ermittelten Wahrscheinlichkeiten für die potenziellen Koalitionen, an denen eine Partei beteiligt wäre (Tavits 2008; Glasgow und Golder 2015). Je höher der Wert, desto wahrscheinlicher ist es, dass eine Partei – in welcher Kombination auch immer – Teil der künftigen Regierung ist. Tab. 5 gibt – wiederum differenziert nach den drei Szenarien – die Wahrscheinlichkeitswerte an, mit der die fünf im Landtag vertretenen Parteien in der Regierung vertreten sein werden.

Gemäß dem ersten Szenario sind die Grünen die Partei, die mit höchster Wahrscheinlichkeit Teil der künftigen Regierung werden sollte. Wird jedoch die Ablehnung der Ampelkoalition durch die FDP berücksichtigt, dann ist die CDU mit einer Wahrscheinlichkeit von knapp 92 % in der künftigen Regierung vertreten, die Grünen mit gut 80 %. Durch die Absage der Liberalen an ein Bündnis mit Grünen und SPD sank die Chance von FDP und Sozialdemokraten gegenüber

**Tab. 5** Wahrscheinlichkeiten der Regierungsbeteiligung der im Landtag vertretenen Parteien

Partei	Szenario 1 Wahlergebnis; Ausschluss der AfD vom Regierungsbildungsprozess (%)	Szenario 2 Wahlergebnis; Ausschluss der AfD vom Regierungsbildungsprozess; FDP schließt eine a priori Ampelkoalition aus (%)	Szenario 3 Wahlergebnis; Ausschluss der AfD vom Regierungsbildungsprozess; FDP schließt eine Ampelkoalition a priori aus; CDU lehnt Beteiligung an einer von Grünen geführten Koalition ab (%)
Grüne	87,3	80,2	27,9
CDU	59,1	91,9	70,4
SPD	53,9	28,4	95,8
AfD	<0,1	<0,1	<0,1
FDP	49,5	21,5	70,5

Anmerkung: siehe Tab. 4



Szenario 1 deutlich ab, an der Regierung beteiligt zu sein. Würde man die in Szenario 3 berücksichtigte Aussage von Guido Wolf ernst nehmen, dass die CDU nicht in eine von den Grünen geführte Koalitionsregierung eintreten würde, dann profitieren davon neben den Christdemokraten vor allem die SPD, die mit einer Wahrscheinlichkeit von knapp 96 % im Stuttgarter Kabinett vertreten wäre. Auch die FDP hat in dieser Konstellation – maßgeblich bedingt durch die Aussichten für die so genannte „Deutschland-Koalition“ – Chancen von rund 70 %, Repräsentanten in das künftige Kabinett zu entsenden. CDU, SPD und FDP liegen damit deutlich vor den Chancen der Grünen, in die künftige Regierung einzuziehen. Durch den Ausschluss der AfD vom Koalitionsspiel durch alle anderen Parlamentsparteien ist die Chance der „Alternative für Deutschland“ nahe Null, in der nächsten Landesregierung vertreten zu sein.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet war – allerdings nur in Kombination mit der Absage von Guido Wolf an eine CDU-Beteiligung an einer von den Grünen geführte Koalitionsregierung – der Schachzug der Liberalen, eine Ampelkoalition auszuschließen, nicht unklug: zum einen hatte die FDP im Wahlkampf nicht das Problem, dass ihnen Stimmen frustrierter CDU-Anhänger verloren gehen, die der Regierung aus Grünen und SPD überdrüssig sind. Gleichzeitig ergab sich so eine Koalitionsoption mit Christ- und Sozialdemokraten, in der die FDP mehr von ihren Inhalten hätte umsetzen und damit die Interessen ihrer Anhängerschaft besser hätte bedienen können als in einer Ampelkoalition. Zusammengefasst zeigt sich, dass die CDU trotz eines schwachen Abschneidens gute Chancen hat, in der nächsten Landesregierung vertreten zu sein, obwohl sie nur zweitstärkste Partei im Parlament geworden ist.

---

## 6 Schlussbetrachtung

Ziel dieses Beitrags war es, die „verrückten Verhältnisse“ der baden-württembergischen Parteienkonstellation zu erklären, die sich nach der Landtagswahl 2011 ergeben haben. Dazu wurde die Entwicklung des Parteienwettbewerbs und die Wahlergebnisse im Zeitraum von 2011 bis 2016 dargestellt, um anschließend Erwartungen auf der Grundlage gängiger Theorien des Wahlverhaltens im Hinblick auf die strukturelle Schwäche der SPD sowie – mit Rückgriff auf Theorien der Koalitions- und Regierungsbildung – das wahrscheinliche Ergebnis des Regierungsbildungsprozesses und die Chancen der Präsenz der Parteien in der Landesregierung abzuleiten. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Sozialdemokraten, partiell im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz, nicht auf eine besondere

Unterstützung aus der Berufsgruppe der ihnen eigentlich aus interessegeleiteter Perspektive nahestehenden (gewerkschaftlich gebundenen) Arbeiter zurückgreifen können, was ein Baustein für die Erklärung für das schwache Abschneiden der SPD im Südwesten sein kann. Im Hinblick auf die Koalitionsbildung ergeben sich – je nach Sitzverteilung im Landtag und wenn keine typische „Lagerkoalition“ eine Mehrheit erhält – hohe Wahrscheinlichkeiten für eine grün-schwarze Koalition, wenn man die Aussage des CDU-Spitzenkandidaten Guido Wolf ignoriert, nicht unter grüner Führung in einer Koalition einzutreten. Die Chancen auf eine Ampelkoalition waren gering, da die FDP vor der Wahl klare negative Signale im Hinblick auf eine gemeinsame Koalition mit SPD und Grünen an die Wählerschaft gesendet hat.

Nicht berücksichtigt werden konnten die Koalitionspräferenzen der Wähler, von denen ebenfalls ein signifikanter Einfluss auf die Koalitionsbildung – zumindest in den deutschen Bundesländern – ausgeht (Debus und Müller 2013). Wenn Wähler bestimmte Parteienkombinationen auch aus inhaltlichen Gründen und geringer programmatischer Distanz bevorzugen (vgl. hierzu Debus und Müller 2014) und Parteien dies wissen, dann sollten Parteien eher solche Koalitionen bilden, die mehrheitlich bevorzugt werden, da diese Koalition Politikinhalte implementieren würde, die von einer Mehrheit der Wähler gut geheißen würden. Letzteres sollte sich schlussendlich positiv auf den Stimmenanteil der Koalitionsparteien bei der folgenden Wahl auswirken.

Welche Bilanz lässt sich für die baden-württembergischen Parteien einerseits und für künftige Regierungs- und Koalitionsbildungsprozesse insbesondere mit Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 andererseits ziehen? Die SPD als kleiner Koalitionspartner in Stuttgart hatte nicht nur das Problem, ihre traditionelle Anhängerschaft zu mobilisieren – sie konnte 2016 noch nicht einmal das Direktmandat im durch ein starkes Industriearbeitermilieu gekennzeichneten Mannheimer Norden gewinnen –, sondern wurde auch nicht – trotz der Besetzung eines Superministeriums mit ihrem Spitzenkandidaten Nils Schmid – für die gute wirtschaftliche Lage im Südwesten honoriert. Dieser Bonus entfiel – wie häufig auf nationaler Ebene als auch im internationalen Vergleich (vgl. Debus et al. 2014) – auf die größte Regierungspartei, die auch den Regierungschef stellt. Die CDU wird im Falle einer grün-schwarzen Koalition Gefahr laufen, ein ähnliches Schicksal zu erleiden.

Die im Vergleich zur Bundesebene andere Anordnung des Parteiensystems in Baden-Württemberg mit den Grünen als zweitstärkster oder gar stärkster Partei, der SPD an dritter Stelle und der parlamentarischen Präsenz von AfD und FDP, nicht aber der Linken, macht es schwierig, den Südweststaat als Vorlage für Koalitionsspekulationen im Bund oder in anderen Bundesländern heranzuziehen.

Dennoch lassen sich einige Trends identifizieren. Die Tatsache, dass die FDP eine Koalition mit Grünen und SPD zumindest nicht rundweg ausgeschlossen hat und in Rheinland-Pfalz eine Ampelkoalition schließlich bildete, lässt diese Option in Berlin wieder in den Bereich der Möglichkeiten rücken. Ob – aufgrund der Schwäche von CDU und SPD in Baden-Württemberg – eine sogenannte schwarz-rot-gelbe „Deutschland-Koalition“ auf Bundesebene auch ernsthaft diskutiert werden wird, erscheint fraglich, da die Grünen wohl nicht die SPD als zweitstärkste Partei auf Bundesebene ablösen werden, sodass CDU/CSU und SPD wahrscheinlich auch 2017 eine gemeinsame Mehrheit im Bundestag erreichen dürften. Allerdings gilt, dass das koalitionspolitische Lagerdenken zwischen einer bürgerlichen Koalition aus Union und FDP einerseits sowie SPD und Grünen und gegebenenfalls der Linken andererseits starke Risse bekommen hat. Das rasche Aufkommen neuer Parteien wie kurzfristig der Piraten und, je nachdem wie sich die Flüchtlingskrise weiter entwickelt, eventuell längerfristig der AfD macht Mehrheiten für die klassischen Lagerkoalitionen unwahrscheinlich, sodass unorthodoxe Dreierbündnisse nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene wahrscheinlicher werden.

---

## Literatur

- Austen-Smith, D., und J. Banks. 1988. Elections, coalitions, and legislative outcomes. *American Political Science Review* 82 (2): 405–422.
- Axelrod, R. M. 1970. *Conflict of interest: A theory of divergent goals with applications to politics*. Chicago: Markham Publishing Company.
- Bäck, H., und P. Dumont. 2007. Combining large-n and small-n strategies: The way forward in coalition research. *West European Politics* 30 (3): 467–501.
- Bäck, H., und P. Dumont. 2008. Making the first move. A two-stage analysis of the role of formateurs in parliamentary government formation. *Public Choice* 135 (3–4): 353–373.
- Beck, U. 1986. *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Benoit, K., und M. Laver. 2006. *Party policy in modern democracies*. London: Routledge.
- Bräuninger, T., und M. Debus. 2008. Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern. *Politische Vierteljahresschrift* 49 (2): 309–338.
- Bräuninger, T., und M. Debus. 2011. Die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2009: Wie wahrscheinlich ist eine Neuauflage der großen Koalition. In *Politik im Klimawandel: Keine Macht für gerechte Lösungen*, Hrsg. S. Schüttemeyer, 261–286. Baden-Baden: Nomos.
- Bräuninger, T., und M. Debus. 2012. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Bräuninger, T., M. Debus, und J. Müller. 2013. *Estimating policy positions of political actors across countries and Time*. MZES Arbeitspapier Nr. 153. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Burkhardt, S. 2005. Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2000. *Politische Vierteljahresschrift* 46 (1): 14–38.
- Campbell, A., P. E. Converse, W. E. Miller, und D. E. Stokes. 1960. *The American voter*. New York: Wiley.
- Däubler, T., und M. Debus. 2009. Government formation and policy formulation in the German states. *Regional and Federal Studies* 19 (1): 73–95.
- De Swaan, A. 1973. *Coalition theories and cabinet formations: A study of formal theories of coalition formation applied to nine European parliaments after 1918*. Amsterdam: Elsevier.
- Debus, M. 2007. *Pre-electoral alliances, coalition rejections, and multiparty governments*. Baden-Baden: Nomos.
- Debus, M. 2009. Pre-electoral commitments and government formation. *Public Choice* 138 (1–2): 45–64.
- Debus, M. 2010. Soziale Konfliktlinien und Wahlverhalten: Eine Analyse der Determinanten der Wahlabsicht bei Bundestagswahlen von 1969 bis 2009. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62 (4): 731–749.
- Debus, M. 2011. Parteienwettbewerb, Regierungsbildung und Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2009. In *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. O. Niedermayer, 281–306. Wiesbaden: VS Verlag.
- Debus, M. 2012. Sozialstrukturelle und einstellungsbasierte Determinanten des Wahlverhaltens und ihr Einfluss bei Bundestagswahlen im Zeitverlauf: Westdeutschland 1976–2009. In *Wählen in Deutschland*, Hrsg. R. Schmitt-Beck, 40–62. Baden-Baden: Nomos.
- Debus, M. 2016. Weder ein „modern gender gap“ noch „same gender voting“ in Deutschland? Zum Einfluss des Geschlechts auf das individuelle Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen zwischen 1998 und 2013. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*, Hrsg. H. Schoen, und B. Weißels. Wiesbaden: Springer VS.
- Debus, M., und J. Müller. 2011. Government formation after the 2009 federal election: The remake of the Christian-Liberal coalition under new patterns of party competition. *German Politics* 20 (1): 164–185.
- Debus, M., und J. Müller. 2013. Do voters' coalition preferences affect government formation? *West European Politics* 36 (5): 1007–1028.
- Debus, M., und J. Müller. 2014. Expected utility or learned familiarity? The formation of voters' coalition preferences. *Electoral Studies* 34 (1): 54–67.
- Debus, M., M. Stegmaier, und J. Tosun. 2014. Economic voting under coalition governments: Evidence from Germany. *Political Science Research and Methods* 2 (1): 49–67.
- Decker, F. 2009. Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40 (2): 431–453.
- Downs, A. 1957. An economic theory of political action in a democracy. *The Journal of Political Economy* 65 (2): 135–150.

- Eith, U. 2008. Das Parteiensystem Baden-Württembergs. In *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Hrsg. U. Jun, M. Haas, und O. Niedermayer, 103–123. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gabriel, O. W., und K. Völkl. 2007. Die baden-württembergische Landtagswahl vom 26. März 2006: Schwarzes Land mit bunten Tupfern. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (1): 16–31.
- Gabriel, O. W., H. Schoen, und K. Faden-Kuhne. 2014. *Der Volksentscheid über Stuttgart 21*. Opladen: Barbara Budrich.
- Giger, N. 2009. Towards a modern gender gap in Europe?: A comparative analysis of voting behavior in 12 countries. *The Social Science Journal* 46 (3): 474–492.
- Glasgow, G., und S. N. Golder. 2015. A new approach to the study of parties entering government. *British Journal of Political Science* 45 (4): 739–754.
- Golder, S. N. 2006. Pre-electoral coalition formation in parliamentary democracies. *British Journal of Political Science* 36 (2): 193–212.
- Inglehart, R., und P. Norris. 2000. The developmental theory of the gender gap: Women's and men's voting behavior in global perspective. *International Political Science Review* 21 (4): 441–463.
- Jeffery, C., und D. Hough. 2001. The electoral cycle and multi-level voting in Germany. *German Politics* 10 (2): 73–98.
- Jun, U. 1994. *Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern: theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kirchheimer, O. 1965. Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. *Politische Vierteljahresschrift* 6 (1): 20–41.
- Kohler, U. 2002. *Der demokratische Klassenkampf: Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Kropp, S. 2001. *Regieren in Koalitionen: Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Laver, M., und B. W. Hunt. 1992. *Policy and party competition*. New York: Routledge.
- Laver, M., und K. A. Shepsle. 1996. *Making and breaking governments: Cabinets and legislatures in parliamentary democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Laver, M., K. Benoit, und J. Garry. 2003. Extracting policy positions from political texts using words as data. *American Political Science Review* 97 (2): 311–331.
- Leiserson, M. 1968. Factions and coalitions in one-party Japan: An interpretation based on the theory of games. *American Political Science Review* 62 (3): 770–787.
- Lepsius, R. M. 1973. Parteiensystem und Sozialstruktur. In *Die deutschen Parteien vor 1918*, Hrsg. G. A. Ritter, 56–80. Köln: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lewis-Beck, M. S., und M. Stegmaier. 2000. Economic determinants of electoral outcomes. *Political Science* 3 (1): 183–219.
- Linhart, E., M. Debus, und T. Brüningner. 2010. The 2009 elections in Schleswig-Holstein: polarised electoral campaign, exceptional election results, and an unspectacular process of government formation. *German Politics* 19 (2): 237–253.
- Lipset, S. M., und S. Rokkan. 1967. *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*. New York: The Free Press.
- Lösche, P. 1994. *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*. Stuttgart: Kohlhammer.

- Martin, L. W., und R. T. Stevenson. 2001. Government formation in parliamentary democracies. *American Journal of Political Science* 45 (1): 33–50.
- Martin, L. W., und R. T. Stevenson. 2010. The conditional impact of incumbency on government formation. *American Political Science Review* 104 (3): 503–518.
- McFadden, D. 1973. Conditional logit analysis of qualitative choice behaviour. In *Frontiers in Econometrics*, Hrsg. P. Zarembka, 105–142. New York: Academic Press.
- Meguid, B. M. 2005. Competition between unequals: The role of mainstream party strategy in niche party success. *American Political Science Review* 99 (3): 347–359.
- Müller, J., und M. Debus. 2012. „Second order“-Effekte und Determinanten der individuellen Wahlentscheidung bei Landtagswahlen: Eine Analyse des Wahlverhaltens im deutschen Mehrebenensystem. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 6 (1): 17–47.
- Müller, W., und M. Klein. 2012. Die Klassenbasis in der Parteipräferenz des deutschen Wählers. Erosion oder Wandel? In *Wählen in Deutschland*, Hrsg. R. Schmitt-Beck, 85–110. Baden-Baden: Nomos.
- Pappi, F. U. 1985. Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel. In *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. D. Oberndörfer, H. Rattinger, und K. Schmitt, 263–290. Berlin: Duncker & Humblot.
- Pappi, F. U. 2002. Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential? In *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Hrsg. F. Bretschneider, J. W. van Deth, und E. Roller, 25–46. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pappi, F. U., und J. Brandenburg. 2010. Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62 (3): 459–483.
- Pappi, F. U., und S. Shikano. 2002. Die politisierte Sozialstruktur als mittelfristig stabile Basis einer deutschen Normalwahl. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54 (3): 444–475.
- Pappi, F. U. und S. Shikano. 2004. *Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002*. MZES Arbeitspapier Nr. 76. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Pappi, F. U., und S. Shikano. 2007. *Wahl- und Wählerforschung. Theorien und Forschungsstand*. Baden-Baden: Nomos.
- Pappi, F. U., A. Becker, und A. Herzog. 2005. Regierungsbildung in Mehrebenensystemen: Zur Erklärung der Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. *Politische Vierteljahresschrift* 46 (3): 432–458.
- Peleg, B. 1981. Coalition formation in simple games with dominant players. *International Journal of Game Theory* 10 (1): 11–33.
- Reif, K., und H. Schmitt. 1980. Nine second order national elections – A conceptual framework for the analysis of European election results. *European Journal of Political Research* 8 (1): 3–44.
- Riker, W. H. 1962. *The theory of political coalitions*. New Haven: Yale University Press.
- Roßteutscher, S. 2012. Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung. In *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Hrsg. R. Schmitt-Beck, 111–133. Baden-Baden: Nomos.

- Roth, D. 2013. Baden-Württemberg 2011: Was entschied die Wahl? In *Der historische Machtwechsel. Grün-Rot in Baden-Württemberg*, Hrsg. U. Wagschal, U. Eith, und M. Wehner, 15–29. Baden-Baden: Nomos.
- Schneider, H. 2001. Parteien in der Landespolitik. In *Parteiendemokratie in Deutschland*, Hrsg. O. W. Gabriel, O. Niedermayer, und R. Stöss, 385–405. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Schoen, H., und C. Weins. 2014. Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. J. W. Falter, und H. Schoen, 241–329. Wiesbaden: Springer VS.
- Schofield, N. 1993. Political competition and multiparty coalition governments. *European Journal of Political Research* 23 (1): 1–33.
- Strøm, K., I. Budge, und M. Laver. 1994. Constraints on cabinet formation in parliamentary democracies. *American Journal of Political Science* 38 (2): 303–335.
- Tavits, M. 2008. The role of parties' past behavior in government formation. *American Political Science Review* 102 (4): 495–507.
- Van Deemen, A. M. A. 1989. Dominant players and minimum size coalitions. *European Journal of Political Research* 17 (3): 313–332.
- Von Neumann, J., und O. Morgenstern. 1944. *Theory of games and economic behavior*. Princeton: Princeton University Press.
- Wagschal, U., U. Eith, und M. Wehner Hrsg. 2013. *Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg*. Baden-Baden: Nomos.
- Weber, R. 2010. Baden-Württemberg – ‚Stammland des Liberalismus‘ und Hochburg der CDU. In *Parteien in den deutschen Ländern: Geschichte und Gegenwart*, Hrsg. A. Kost, W. Rellecke, und R. Weber, 103–126. München: Beck.

---

## Über den Autor

**Prof. Dr. Marc Debus** ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Regierungslehre an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim und Leiter des Arbeitsbereichs B „Die politischen Systeme Europas und ihre Integration“ am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Seine Schwerpunkte in der Forschung sind die Analyse von Parteienwettbewerb, des Bildens von und des Regierens in Koalitionen, insbesondere in Mehrebenensystemen, sowie legislatives Handeln und Entscheiden in den Parlamenten moderner Demokratien.

Das grün-rote Experiment in Baden-Württemberg  
Eine Bilanz der Landesregierung Kretschmann  
2011-2016

Hörisch, F.; Wurster, S. (Hrsg.)

2017, VI, 391 S. 32 Abb., 7 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-14867-6